

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

## AKTUELL

### Mehr Autos verkauft

Bern (AP) Die Autoverkäufe scheinen aus dem Tief herausgefunden zu haben. Im Februar wurden 16,3 Prozent mehr Autos abgesetzt als im Vorjahresmonat, wie die Vereinigung der Schweizerischen Automobil-Importeure (VSAI) am Dienstag mitteilte. Da bereits im Januar ein besseres Ergebnis erzielt worden war, beläuft sich das bisherige Jahrestotal auf 42 179 Verkäufe oder plus 9,5 Prozent.

Allerdings verzeichnen einzelne Marken und Herstellerländer nach wie vor Mühe, ihre Fahrzeuge abzusetzen. So liegen etwa die japanischen Hersteller mit 9410 Verkäufen um fast zwölf Prozent hinter dem Vorjahresergebnis der beiden ersten Monate zurück. Eine positive Entwicklung wird dagegen bei den deutschen Herstellern gemeldet, die 19 029 Autos absetzten und damit um 16,4 Prozent über dem Ergebnis der Vorjahresperiode lagen.

### Konjunkturerholung zum Stillstand gekommen

Wiesbaden (AP) Die Konjunkturerholung in Westdeutschland hat sich gegen Ende des vergangenen Jahres nicht weiter fortgesetzt. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag in Wiesbaden mitteilte, schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal. In den beiden Vierteljahren zuvor hatte das BIP als umfassender Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit noch um ein halbes sowie um ein Prozent zugelegt.

### EU hilft Flüchtlingen in Kroatien

Brüssel (AP) Die Europäische Union hat 24,15 Millionen ECU (etwa 45 Millionen Franken) für Flüchtlinge in Kroatien bereitgestellt. Wie die EU-Kommission am Dienstag in Brüssel mitteilte, sollen von dem Geld 40 000 Tonnen Lebensmittel gekauft werden, mit denen die Flüchtlinge bis Juni versorgt werden können.

### Asylgesuche stark zurückgegangen

Bern (AP) Die Zahl der Asylgesuche ist in der Schweiz in den ersten zwei Monaten dieses Jahres stark zurückgegangen. Wie das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) am Dienstag auf Anfrage der AP sagte, wurden noch 2781 Gesuche gestellt, fast 1900 weniger als in der entsprechenden Vorjahresperiode.

### 334 Arbeitslose in Liechtenstein

Die Zahl der Arbeitslosen im Fürstentum Liechtenstein steigt zwar langsam, aber stetig an. Nach Auskunft der Arbeitsvermittlungsstelle beim Amt für Volkswirtschaft wurden Ende Februar insgesamt 334 Ganzarbeitslose registriert, nachdem es einen Monat vorher erst 322 Arbeitslose waren.

Von den 334 Arbeitslosen hatten 279 die Berechtigung zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung.

Zu den gemeldeten Arbeitslosen kamen noch 44 (im Vormonat 52) übrige Stellensuchende hinzu, so dass derzeit total 378 (im Vormonat 374) Stellensuchende zu verzeichnen sind. Von den 378 Stellensuchenden sind 158 (151) Frauen und 220 (223) Männer.

## Die LIS bietet ein neues, hochaktuelles Bildungsangebot an

Liechtensteinische Ingenieurschule, Fachhochschule, führt mit Universitätsinstituten einen internationalen Hochschullehrgang durch

(mö) – Im Zuge der kontinuierlichen Ausweitung ihres Bildungsangebotes spannt die Liechtensteinische Ingenieurschule (LIS) – vor knapp zwei Jahren in eine Fachhochschule europäischen Zuschnitts umstrukturiert – jetzt sogar mit zwei Universitäten zusammen. An einer Medienkonferenz wurde gestern mittag in Vaduz ein internationaler Hochschulkurs in Technologie- und Innovationsmanagement vorgestellt, den die LIS in diesem Jahr gemeinsam mit dem Institut für Technologiemanagement der Hochschule St. Gallen sowie dem Institut für Unternehmensführung der Universität Innsbruck durchführen wird.

Als «hochaktuelles Bildungsangebot» und «wertvolle Bereicherung für unsere Bildungslandschaft» bezeichnete gestern LIS-Rektor Klaus Näscher den internationalen, praxisorientierten Hochschulkurs zur Aus- und Weiterbildung von Führungskräften auf dem Gebiet des Technologie- und Innovationsmanagements, der gemäss Ausschreibung u. a. «die Schaffung bzw. Verstärkung des Problembewusstseins für die Bedeutung der raschen Integration der Technologien in die Unternehmensstrategie» zum Ziel hat.

### Erstmals gemeinsamer Lehrgang

Das Angebot ist laut Klaus Näscher insofern bemerkenswert, weil einerseits dieser Lehrgang sowohl von der inhaltlichen Ausrichtung wie auch vom organisatorischen Konzept her neu sei und an-



Informierten gestern über den int. Hochschulkurs in Technologie- und Innovationsmanagement an der LIS Fachhochschule: von links LIS-Rektor Klaus Näscher, Dr. Jürgen Auckenthaler (COMETT), Prof. Dr. Hans Hinterhuber (Uni Innsbruck), Prof. Dr. Hans Dieter Seghezzi (HSG) und Prof. Dr. Richard Hammer, Uni Innsbruck. (Bild: Beat Schurte)

dererseits erstmals zwei Universitäten und eine Fachhochschule einen Lehrgang gemeinsam durchführen würden. Diese Kooperation stellt für den LIS-Rektor einen zukunftsweisenden Weg im Bildungsbereich dar, den die LIS inskünftig verstärkt einschlagen werde.

Bemerkenswert am Kurs ist schliesslich die Tatsache, dass er sowohl in der Vorbereitung wie auch in der Durchführung mit Fördermitteln der Europä-

ischen Union und der EFTA im Rahmen des COMETT-II-Programms massgeblich unterstützt wird. Ziel des Programms und der Unterstützung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken, wie Dr. Jürgen Auckenthaler aus Innsbruck, Geschäftsführer einer COMETT-Ausbildungspartnerschaft, an der Pressekonferenz betonte. Den einmaligen Förderbeitrag für das Pilotprojekt in Vaduz bezifferte er mit

300 000 bis 350 000 Franken. COMETT läuft nach seinen Worten Ende 1995 aus.

### Man muss schnell sein ...

Die herrschende Rezession ist nach Ansicht von Prof. Dr. Hans Dieter Seghezzi «zum grossen Teil eine strukturelle Krise». Von Bedeutung sei es in diesem Zusammenhang, so der seit 33 Jahren in Liechtenstein lebende Direktor des Instituts für Technologiemanagement der HSG, wie die Technologien eingesetzt würden. Hierbei würden verschiedene Faktoren eine entscheidende Rolle spielen. Vor allem müsse man schnell sein, was aber auch die Gefahr des Qualitätsverlustes in sich birgt, und man müsse die Risiken im technologischen und technischen Bereich in den Griff bekommen – dies insbesondere im Hinblick auf einen optimalen Schutz der Natur und Umwelt.

Der Hochschulkurs an der LIS richtet sich in erster Linie an Unternehmer und Führungskräfte im mittleren und oberen Management, wie Prof. Dr. Richard Hammer vom Institut für Unternehmensführung der Uni Innsbruck gestern mitteilte. Der Kurs besteht aus vier Abschnitten mit insgesamt sieben Lerninhalten (Modulen), einem Praxisteil, der Abschlussarbeit und der Abschlussprüfung. Für die Blockveranstaltungen konnten, so Prof. Hammer, international bekannte Referenten gewonnen werden. Kursbeginn ist Ende Mai.

Mehr zum Hochschulkurs auf Seite 5.

## Vor 70 Jahren: Gründung der Caritas Liechtenstein

Das bedeutende kirchliche Hilfswerk feiert heute seinen 70. Geburtstag – Gründungsversammlung in Vaduz

Heute vor 70 Jahren, am 9. März 1924, trafen sich im Gasthaus zum «Engel» in Vaduz Männer und Frauen aus dem ganzen Land zur Gründung einer «Caritas oder Armenfürsorge», wie es Tage zuvor in den Landeszeitungen hiess: «Es mögen sich alle Landesgemeinden vertreten, da es ein Landesverband werden soll.»

Zu dieser Versammlung einberufen hatte der sehr sozial eingestellte Triesenberger Pfarrer Franz von Reding (1868–1927), Bürger von Schwyz. Er war zuvor schon Mitbegründer der liechtensteinischen Krankenkasse gewesen, hatte 1912 in Triesenberg einen Leseverein gegründet und hätte gerne auch einen Krankenpflegeverein ins Leben gerufen.

Über die Gründungsversammlung wurde in den Landeszeitungen berichtet: «Der Einberufer, H. H. Pfarrer Franz v. Reding, legte einen Entwurf für die Satzungen des Vereins vor, welcher durch beraten und angenommen wurde. In denselben wurde nicht allein der Armen gedacht, sondern auch die Fürsorge ver-



Die Gründungsversammlung der Caritas Liechtenstein wurde vor 70 Jahren vom Triesenberger Pfarrer Franz von Reding (1868–1927) einberufen.

nachlässigter Kinder als zweiter Vereinszweck bestimmt.»

### Bedeutendes kirchliches Hilfswerk

Die Statuten, von denen hier die Rede ist, wurden nach der Überarbeitung durch den vorläufig aus fünf Mitgliedern bestehenden Vorstand am 24. Mai desselben Jahres von der Fürstlichen Regierung genehmigt. Bemerkenswert an diesen ersten Statuten sind die Absicht, in allen Gemeinden Ortsgruppen der Caritas zu bilden, und die Bestimmung, dass dem Vorstand auch Frauen angehören sollen. Erster Präsident wurde der Vaduzer Pfarrer Dr. Joh. Georg Marxer, Zentralkassier Fürstl. Rat Joseph Ospelt.

So entstand heute vor 70 Jahren ein bedeutendes kirchliches Hilfswerk, das neben der Verkündigung und der Liturgie einen dritten Bereich des Auftrages Christi wahrnehmen will. Denn «was ihr dem Geringsten tut, das tut ihr mir!»

Ein Gespräch mit der heutigen Präsidentin der Caritas, Marina Kieber aus Mauren, finden Sie auf Seite 2 dieser Ausgabe.

## Neuer Preiskampf um «gute Risiken»

Bern (AP) Die Tarife bei den Kollektivversicherungen werden ins Rutschen geraten. Nach dem Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, wonach die Festsetzung einer Minimalprämie nicht gesetzeskonform ist, zeigten sich in einer Umfrage Artisanen und Grütli erfreut über den damit zurückgewonnenen Spielraum. Das Krankenkassenkonkordat warnte vor einem «unschönen Wettbewerb». Ein Prämiensprung auf breiter Front wäre nicht gerechtfertigt, sagte der Präsident des Konkordates der Schweizerischen Krankenkassen (KSK), Ueli Müller, auf Anfrage. Der am Montag veröffentlichte Entscheid des Versicherungsgerichtes in Luzern öffnete zwar die Preisbarriere nach unten. Am Grundsatz der kostendeckenden Tarife werde aber nicht gerüttelt. Der Spielraum sei also ein theoretischer. Dass einzelne Versicherer mit den Preisen «tauchen» werden, ist nach Einschätzung des KSK-Präsidenten nicht zu verhindern. Es sei zu befürchten, dass jetzt wieder ein «unschöner Wettbewerb» und eine neue «Entsolidarisierungswelle» losgehe.

## EU-Diskussion erhitzt die Gemüter

Aussenpolitischer Bericht erhält Maximal- und Tiefstinote

Bern (AP) Die Frage eines Beitritts zur Europäischen Union hat im Nationalrat erneut heftige Emotionen ausgelöst. Bei der neunstündigen Beratung des aussenpolitischen Berichts gingen die Meinungen nicht nur unter, sondern auch innerhalb der Parteien weit auseinander. Die Entscheide über vier Rückweisungsanträge fallen erst heute Mittwoch.

Am zweiten Tag der Debatte über den Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren und dem Anhang über die Neutralität meldeten sich rund 70 Ratsmitglieder zu Wort.

Der Bericht erhielt alle möglichen Prädikate von «ausgezeichnet» und «klar» über «reich an Hoffnungen» bis zu «unglaubwürdig». Am umstrittensten waren der vom Bundesrat als strategisches Ziel formulierte Beitritt zur Europäischen

Union (EU) und der modifizierte Neutralitätsbegriff. Am deutlichsten zeigten sich die unterschiedlichen Positionen bei den bürgerlichen Parteien. Bei der FDP bezeichnete Bernard Comby (VS) den EU-Beitritt langfristig als einzige Möglichkeit, während sich der Aargauer Ulrich Fischer gegen das strategische Ziel aussprach. Auch die CVP zeigte sich gespalten. Während sich der Walliser Vital Darbellay klar für einen EU-Beitritt als einzigen gangbaren Weg aussprach, warnte Josef Kühne (SG) davor, der EU-Beitritt werde die Schweiz viel kosten. Die CVP-Fraktion will in den nächsten Tagen einen Vorstoss einreichen. Darin wird ein Verfassungsklausel mit der Verpflichtung zur europäischen Zusammenarbeit gefordert, der zum politischen Dialog über die Aussen- und Europapolitik der Schweiz beitragen soll.

## Zwangsmassnahmen-Paket geschnürt

Kompetenz bei Fremdenpolizei – Ausschaffungshaft neun Monate

Bern (AP) Der Ständerat hat das Zwangsmassnahmen-Paket als Zweitrat wieder fester geschnürt. Er widersetzte sich den Abschwächungen des Nationalrates, indem er die Haftkompetenz der Fremdenpolizei zuwies und die Dauer der Ausschaffungshaft auf neun statt sechs Monate festlegte. Die vom Bundesrat nachträglich vorgeschlagene Finanzierung von Haftanstalten fand Zustimmung.

Mit den Zwangsmassnahmen für Ausländer ohne Bleiberecht sollen Wegweisungen sichergestellt, gefährdende Ausländer von bestimmten Gebieten ferngehalten und auch Präventivmassnahmen gegen Delinquenten ergriffen werden, sagte Kommissionspräsident Bruno Frick (CVP/AG). Der Applaus von rechts ausen mahnte jedoch zu Vorsicht und nüchternen Überlegung. Er vertrete «die

Stimme des Zweifels», sagte Gian-Reto Plattner (SP/BS) in der Eintretensdebatte. Die vielfach zitierte Verträglichkeit der Zwangsmassnahmen mit der Europäischen Menschenrechtskonvention liessen bei ihm Zweifel an dieser Konvention aufkommen.

Der Vollzug werde nicht auf dem hohem Niveau der Absichten von Bundesrat Arnold Koller geschehen, sondern in den Tiefen kantonaler Verwaltungen mit oftmals überforderten Vollzugsbeamten.

Nicht alle Befürworter der bundesrätlichen Linie haften auf die populistische Pauke oder seien fremdenfeindlich, verteidigten René Rhinow (FDP/BL) und Rolf Büttiker (FDP/SO) die Vorlage. Es brauche diese Massnahmen, um die Akzeptanz der Ausländer- und Asylpolitik zu erhalten, sagte auch der Innerröder CVP-Präsident Carlo Schmid.